

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität,
Stadtentwicklung und Wohnungsbau / Die Senatorin für
Wirtschaft, Arbeit und Europa

5 / 511 / 10

Gerber, Grit /Lendner,
Jan-Christoph

Tel.: +49 421 3 61-
14486+49 421 3 61-8580

03.02.2020

Vorlage VL 20/837

ÖFFENTLICH

NICHT ÖFFENTLICH UND VERTRAULICH

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit - 20. WP	12.02.2020	Kenntnisnahme

Wirtschaftlichkeit: Keine WU

VL-Nummer Senat:

Titel der Vorlage

Sachstand zu den Erstmaßnahmen des Integrierten Verkehrskonzeptes (IVK) zur Überseestadt

Vorlagentext

1. Problem

Herr Strohmann (MdBB, CDU) bat um einen Sachstandsbericht zu den Ende 2018 beschlossenen Erstmaßnahmen des Integrierten Verkehrskonzeptes (IVK) für die Überseestadt. Dies wird zum Anlass genommen, sowohl der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung als auch der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit zu berichten.

Die Verkehrs- und Mobilitätsentwicklung in der Überseestadt ist eines der zentralen Entwicklungsthemen der Überseestadt. Sie hat Auswirkungen auf die strategische Weiterentwicklung einzelner Quartiere und deren Nutzungen, auf Investitionsentscheidungen von Privaten sowie die mittel- und langfristige städtebauliche Entwicklung der Überseestadt als ein „neues Stück Stadt“.

Vor diesem Hintergrund wurde Ende 2016 das Integrierte Verkehrskonzeptes (IVK) für die Überseestadt in Auftrag gegeben. Ziel war es dabei, auf Grundlage der bis 2030 vorauszusehenden Entwicklungen der Überseestadt, ein Verkehrs- und Mobilitätskonzept zu erstellen und dabei Maßnahmen und Projekte zu identifizieren, mit denen die weitere Entwicklung des Standortes als urbaner, nutzungsgemischer Ortsteil durch verkehrliche Maßnahmen und Angebote unterstützt werden kann. Hierbei wurden alle Verkehrsträger integriert betrachtet und aufbauend auf einer Chancen- und Mängelanalyse ein Handlungskonzept entwickelt.

Grundsätzliches Ziel ist es, mögliche Verlagerungen vom Individualverkehr auf den Umweltverbund durch stärkende Maßnahmen zu fördern, gleichzeitig aber sicherzustellen, dass der nicht verlagerbare Kfz-Verkehr auch leistungsfähig abgewickelt werden kann.

Das vom Gutachter erarbeitete Handlungskonzept mit verorteten Maßnahmen wurde sowohl im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung als auch auf politischer Ebene kontrovers diskutiert. Ende Oktober 2018

hat der Senat dann einen Beschluss zum Handlungskonzept und zu 22 ausgewählten Erstmaßnahmen einschließlich deren Finanzierung (Gesamtvolumen 5,2 Mio. EUR) gefasst. Diese Entscheidung wurde anschließend durch die Deputationen Wirtschaft und Verkehr bestätigt.

Die vollständige Deputationsunterlage ist unter folgendem Link abrufbar:

https://www.bauumwelt.bremen.de/verkehr/verkehrskonzepte/integriertes_verkehrskonzept_fuer_die_ueberseestadt_in_bremen-60090

2. Lösung

Im Rahmen einer begleitenden Arbeitsgruppe, bestehend aus den Auftraggebern des Gutachtens (der Wirtschaftsförderung Bremen und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau), Vertretern der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa und der BSAG werden die Maßnahmen strukturiert, organisiert und verfolgt.

Im Rahmen des Austausches mit dem Beirat Walle wurde Anfang September 2019 ein Sachstandsbericht zu den Erstmaßnahmen des IVK in der Beiratssitzung durch die Abteilung Verkehr erläutert. Dieser Vortrag wurde für diesen Bericht aktualisiert (siehe Anlage).

Die Nummerierung der Maßnahmen aus der Senatsbefassung wird dabei zur besseren Orientierung beibehalten. Zudem wird durch die Farben rot, gelb und grün der aktuelle Stand des Projektes skizziert.

3. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderspezifische Auswirkungen

Die Finanzierung der Erstmaßnahmen ist durch die Vorlage des Senats vom 30. Oktober 2018 abgesichert.

Die mit der Vorlage beschlossenen personellen Verstärkungen sind in der Umsetzung

Die Förderung der Mobilität dient der Verfolgung von Gender-Aspekten und verbessert die Voraussetzungen für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe.

Beschlussempfehlung

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.